

Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Tobias Scholz	DEINE FREUNDE
Herr Dr. Roland Quinten	AfD

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
---------------------	-----------------------

Beratende Mitglieder

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Frau Martina Schönhals

Diakonisches Werk Köln und Region

Herr Alexander Sperling

Synagogen-Gemeinde Köln

Frau Ulrike Volland-Dörmann

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf folgende Tischvorlagen hin: Änderungsantrag zu TOP 4.1, Änderungsantrag zu TOP 4.2, Änderungsantrag zu TOP 4.5, TOP 4.7, TOP 8.1.2, TOP 9.1.8, TOP 9.1.9, TOP 9.2, TOP 9.6, TOP 11.1.8, TOP 12.8, TOP 12.9, TOP 12.10

Er schlägt vor TOP 2.1 und TOP 2.1.1, TOP 3.1, in die nächste Sitzung zu verschieben. Er führt aus, dass die Verwaltung ihn gebeten habe, die TOPs 10.2 und 10.3 in die nächste Sitzung zu verschieben, da Herr Fenske von der KVB in der nächsten Sitzung gerne zum Inhalt der beiden TOP Stellung nehmen wolle. Diesem Wunsch der Verwaltung würde er gerne nachkommen. ER schlägt weiter vor, diese beiden TOP in der Piazzetta zu verhandeln, um Menschen mit E-Scootern die Möglichkeit zu geben, diesem Teil der Sitzung beizuwohnen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln, TOP 2.2 auf der ASS Sitzung vom 14.04.2016
AN/0456/2016

2.1.1 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln
AN/0514/2016

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Barrierefreier Zugang zur Domplatte, TOP 3.2 auf der ASS Sitzung vom 14.04.2016
2262/2015

- 3.2 Erneuerung der Heizkesselanlage inklusive Regelung im Bürgerzentrum Engelshof, Oberstr. 96, 51149 Köln
Baubeschluss
0938/2016
- 3.3 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
1057/2016
- 3.4 Berücksichtigung der besonderen Situation von LGBTI* sowie den Umgang mit HIV in der aktuellen Flüchtlingspolitik der Stadt Köln
3673/2015
- 3.5 Instandsetzung der Heizungsanlage im städtischen Behindertenwohnheim Dr. Dormagen-Guffanti, Lachemer Weg 22, 50737 Köln Longerich
1206/2016
- 3.6 Förderung der Gemeinwesenarbeit in Quartieren mit besonderem Handlungsbedarf
1880/2016
- 3.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2016
1727/2016

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 4.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln, TOP 4.1 auf der ASS Sitzung vom 25.02.16
0666/2015

TOP 4.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln
AN/1088/2016

Prüfantrag zu TOP 4.1 „Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahmen von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln“
AN/1080/2016

- 4.2 Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt
0438/2016

TOP 4.2 Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt
AN/1087/2016

4.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020
0990/2016

4.4 Zusetzung von 1,0 Mehrstelle zur Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity
1056/2016

4.5 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften
1434/2016

TOP 4.5 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften
AN/1085/2016

Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften in Holzbauweise
AN/1078/2016

4.6 Feinkonzept zur Einrichtung und Umsetzung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
1826/2016

4.7 Erweiterung des Projektes "Auszugsmanagement"
1450/2016

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

7.1.1 Einschränkung des Bürgerservice
1684/2016

7.1.2 Angemessenheit der Unterkunft im SGB II und neuere Rechtsprechung
AN/0966/2016

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.1.1 Anrechnung des Einkommens im ALG II-Bezug
AN/0967/2016

8.1.2 Was gilt als angemessener Wohnraum in Köln?
AN/1026/2016

8.2 Bericht des Jobcenter Köln
1760/2016

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Holzständerbauten zur Unterbringung von Flüchtlingen
AN/0635/2016

9.1.1.1 Holzständerbauten zur Unterbringung von Flüchtlingen
1301/2016

9.1.2 Neue Modelle für die Unterbringung von Flüchtlingen
AN/0658/2016

9.1.2.1 Neue Modelle für die Unterbringung von Flüchtlingen
1309/2016

9.1.3 Fertigstellung und Bezug der Flüchtlingsunterkunft Bonner Str. 478-482 in
Köln Marienburg AN/0723/2016
1359/2016

9.1.4 Einweggeschirr in Flüchtlingsunterkünften (AN/0725/2016)
1388/2016

9.1.5 Holzständerbauten zur Unterbringung von Flüchtlingen
1668/2016

9.1.6 Kommunalübergreifende Kooperation zur Flüchtlingsunterbringung
AN/1002/2016

9.1.7 Unterbringung und Schutz für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge und
Entwicklung der Zahl aller Geflüchteten im Asylverfahren
AN/1023/2016

9.1.8 Gesundheitskarte für Flüchtlinge
1792/2016

9.1.9 Mündliche Anfragen zu besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen
1962/2016

9.2 8. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
1994/2016

- 9.3 Kölner Modell zur Förderung und Integration von Flüchtlingskindern im Elementarbereich
1386/2016
- 9.4 Unterbringung von Flüchtlingen Köln-Deutz Boarding, Ferdinandstr. 25,
51063 Köln (Mülheim)
1451/2016
- 9.5 Unterbringung von Flüchtlingen Hotel Aachener Hof, Merkenicher Str. 184,
50733 Köln (Niehl)
1646/2016
- 9.6 Weitere Maßnahmen zum Umbau der Liegenschaft Bonner Straße 478 (ehemals Bonotel) in Köln-Marienburg
1924/2016
- 10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**
- 10.1 Mobilitätshilfe gemäß § 53 SGB XII für Menschen mit Behinderungen und einem aG im Schwerbehindertenausweis
1158/2016
- 10.2 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
hier: Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 und Urteilsbegründung des OLG Schleswig
1670/2016
- 10.3 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
hier: Stellungnahme der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 - 1670/2016
1715/2016
- 11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
- 11.1.1 Personalsituation im Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
AN/0343/2016
- 11.1.1.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage zur Personalsituation im Dezernat V (AN/0343/2016)
1013/2016
- 11.1.2 Abschiebungen in Köln: Was hat sich durch die neue Gesetzgebung geändert?
AN/0653/2016

- 11.1.3 Nachfrage zur Schulbegleitung als Eingliederungshilfe
0932/2016
- 11.1.4 Beantwortung einer Anfrage zur Einstellung des Integrationsbudgets in den
Doppelhaushalt 2016/2017
1064/2016
- 11.1.5 Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies
Wohnen“
Beantwortung einer Anfrage von Herr Adolf auf der Sitzung des Ausschusses
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am
25.01.2016
1234/2016
- 11.1.6 Antwort auf die Nachfrage von Herrn Dr. Schulz in der Sitzung des Ausschus-
ses Soziales und Senioren vom 14.04.2016 zum Agglomerationskonzept für
die Region Köln/Bonn
1494/2016
- 11.1.7 Beantwortung der mündlichen Frage im Sozialausschuss am 14.04.2016 von
Herrn Ladenberger, wie viele rollstuhlgerechte Wohnungen gefördert wurden
1572/2016
- 11.1.8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Jugendhilfeaus-
schusses zum Top 3.11 Handlungskonzept pathologisches Glücksspiel
(0586/2016)
1742/2016
- 11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen
- 11.2.1 Einschränkungen des Bürgerservices
AN/0833/2016
- 11.2.2 Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt
AN/0845/2016
- 11.2.2.1 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion gem. § 4 der Ge-
schäftsordnung des Rates zum Thema Drogenhilfeangebot mit Drogenkon-
sumraum am Neumarkt
1642/2016
- 11.2.3 „Weiterentwicklung Willkommen in Köln,, Förderprogramm „ESF-kofinanzierte
Einzelprojekte“
1678/2016
- 11.2.4 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäftsord-
nung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Rates am 10.05.2016: "Wa-
rum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?"
1607/2016

11.2.5 Sachstand Neubau erstes Frauenhaus
AN/1022/2016

11.3 Mündliche Anfragen

12 Mitteilungen

12.1 Kölner Suchtbericht 2016 - Sachstand und Ausblick, TOP 12.2 auf der ASS
Sitzung vom 14.04.16
0526/2016

12.2 Handlungskonzept zur Verhinderung und Reduzierung der pathologischen
Glücksspielsucht in der Stadt Köln, TOP 12.3 auf der ASS Sitzung vom
14.04.16
0586/2016

12.3 Interkulturelle Zentren Köln - Orte der Begegnung / Informationsbroschüre,
TOP 12.6 auf der ASS Sitzung vom 14.04.16
0895/2016

12.4 Einstieg Deutsch“ Sprachlern-App der Volkshochschulen für Geflüchtete
1104/2016

12.5 Kurzprotokoll des gemeinsamen Austauschtreffen der Diversity Gremien
StadtAG Behindertenpolitik, Lesben, Schwule und Transgender, Integrations-
rat und Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen am 15.04.2016
1539/2016

12.6 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil
1148/2016

12.7 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2015/2016 für wohnungslose Men-
schen durch das Amt für Soziales und Senioren
1643/2016

12.8 Einrichtung einer Clearingstelle zur Sicherstellung des regelhaften Zugangs
zum Gesundheitssystem für neu zugewanderte Menschen in Köln
1839/2016

12.9 Neue Kölner Statistik 1/2016
Kölner Baurekord: Fast 4.000 neue Wohnungen in 2015
1899/2016

12.10 Neues Dienstgebäude für die Leistungsgewährung nach dem Asylbewerber-
leistungsgesetz
1849/2016

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln, TOP 2.2 auf der ASS Sitzung vom 14.04.2016 AN/0456/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold hat bereits in der Tagesordnungsdebatte vorgeschlagen, diesen TOP zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

2.1.1 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln AN/0514/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold hat bereits in der Tagesordnungsdebatte vorgeschlagen, diesen TOP zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Barrierefreier Zugang zur Domplatte, TOP 3.2 auf der ASS Sitzung vom 14.04.2016 2262/2015

Der Vorsitzende Herr Paetzold hat bereits in der Tagesordnungsdebatte vorgeschlagen, diesen TOP zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**3.2 Erneuerung der Heizkesselanlage inklusive Regelung im Bürgerzentrum Engelshof, Oberstr. 96, 51149 Köln
Baubeschluss
0938/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beauftragt die Verwaltung auf Basis der inzwischen vorliegenden Planungsergebnisse (siehe Beschluss vom 26.11.2015 zu Vorlage 2862/2015) mit der Umsetzung der Maßnahme Erneuerung der Heizkesselanlage incl. Regelung im Bürgerzentrum Engelshof.

Die Gesamtkosten betragen rd. 196.000 €. Entsprechende Finanzmittel sind – vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung zum Doppelhaushalt 2016/2017 – im Teilergebnisplan 0507 Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und Bürgerzentren in Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, im Haushaltsjahr 2016 veranschlagt.

Für das Haushaltsjahr 2016 ff. entstehen keine zusätzlichen Mehrbedarfe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**3.3 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
1057/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold kommentiert die positive Arbeit des Sozialamtes, die in der Vorlage beschrieben werde und lobt diesbezüglich die Fachverwaltung.

Herr Ladenberger schließt sich den Ausführungen des Vorsitzenden Herrn Paetzold an. Er merkt an, dass die Arbeit der „Freien Träger“ gewürdigt werde.

Herr Detjen verweist auf den Passus der Vorlage, in dem ausgeführt wird, dass die Wohngeldstelle personell unterbesetzt sei. Er fragt, ob die Verwaltung in der Wohngeldstelle personell auf die aktuellen Änderungen des Wohngeldgesetzes vorbereitet sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf den TOP 11.1.1 hin, Antworten auf diese Frage finden sich teilweise in dieser Vorlage.

Frau Gärtner lobt die ebenfalls die Arbeit der Kölner Sozialverwaltung.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, sich dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses anzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

3.4 Berücksichtigung der besonderen Situation von LGBTI* sowie den Umgang mit HIV in der aktuellen Flüchtlingspolitik der Stadt Köln 3673/2015

Frau Heuser bittet darum, dass die Eckpunkte zur humanitären Unterbringung von LGBT-Flüchtlingen in die vom Rat der Stadt Köln beschlossenen „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln“ aufgenommen werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt das Kölner Modell zur medizinischen Versorgung für Flüchtlinge.

Herr Fussen fragt,

- ob Flüchtlinge, die in Deutschland geduldet werden, eine HIV-Therapie erhalten dürfen,
- und ob es bei der Ausländerbehörde eine Liste über die Länder gebe, welche keine HIV-Therapie für Flüchtlinge anbieten würden.

Herr Ludwig sagt eine schriftliche Antwort zur nächsten Sitzung zu.

Frau Brauckmann ist der Auffassung, dass die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung veraltet und inhaltlich nicht umfassend genug ausgearbeitet sei. Sie bittet in Zukunft um eine bessere Expertise zu diesem Thema.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung über die Kenntnisnahme auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Empfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

3.5 Instandsetzung der Heizungsanlage im städtischen Behindertenwohnheim Dr. Dormagen-Guffanti, Lachemer Weg 22, 50737 Köln Longerich 1206/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob die Heizung sehr zeitnah ausgefallen sei, da die Beschlussvorlage ebenfalls sehr zeitnah eingereicht wurde.

Frau Heuser fragt, ob die Baunebenkosten reduziert werden könnten, da sie ihr sehr hoch erscheinen.

Herr Ludwig antwortet, dass die Verwaltung in Zukunft versuchen werde, solche Vorlagen zeitlich früher einzureichen. Die Baukosten seien vom Rechnungsprüfungsamt geprüft und als realistisch eingeschätzt worden.

Frau Gärtner bittet die Verwaltung darum, zukünftige Fälle der Instandhaltung und die finanziellen Mittel dafür – auch mögliche Rücklagen - für solche Maßnahmen zusammenstellen und transparenter darzustellen.

Herr Ludwig sagt eine entsprechende zukünftige Berücksichtigung zu. .

Herr Dr. Schulz teilt mit, dass die Dr. Dormagen-Guffanti Stiftung in diesem Haus nur Mieter sei. Eigentümer dieses Hauses sei die Stadt Köln.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt die Instandsetzung der Heizungsanlage im Objekt Lachemer Weg 22, 50737 Köln Longerich.

Die zeitnahe Instandsetzung ist dringend erforderlich, da laut fachkundiger Untersuchung durch die städtische Gebäudewirtschaft anzunehmen ist, dass die bestehende Anlage für die Heizperiode 2016/17 nicht ausreicht. Die Voraussetzungen nach § 82 GO NRW (vorläufige Haushaltsführung) liegen vor.

Zur Finanzierung der konsumtiven Aufwendungen in Höhe von 319.158,74 € sind im Haushaltsplanentwurf 2016/2017 im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Hj. 2016 entsprechende Aufwendungen vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

3.6 Förderung der Gemeinwesenarbeit in Quartieren mit besonderem Handlungsbedarf 1880/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt die Verwaltung für das vorgelegte Konzept. Ein Beschluss des Ausschusses Soziales und Senioren sei von der Verwaltung gut umgesetzt worden.

Frau Heuser schließt sich dem Lob des Vorsitzenden Herrn Paetzold an. Sie fragt nach den Zusammenhängen der Gemeinwesenarbeit mit dem IHK „Starke Veedel – starkes Köln“ zur Beantragung von ESF/EFRE-Mittel, hierbei insbesondere wie der Sachstand der IHK sei und ob gewährleistet werden könne, dass die Quartiere auch berücksichtigt werden. Zusätzlich fragt sie, ob auch Anträge im Rahmen der Landesinitiative „NRW hält zusammen...für eine Leben ohne Armut und Ausgrenzung“ gestellt worden seien.

Herr Schumacher antwortet, dass im Rahmen des IHKs die Maßnahme 5.0.2 „Zuhause im Veedel – Aktivierung, Beteiligung und Wohnumfeldpflege im Quartier“, für deren Modul A das Amt für Soziales und Senioren projektverantwortlich ist, angemeldet sei. Das Verfahren sei jedoch noch nicht abgeschlossen. Entsprechend der Anforderungen der Interministeriellen Arbeitsgruppe (InterMAG) sind aufbauend auf dem Ge-

samtkonzept „Starke Veedel – Starkes Köln“ Anfang Juni drei überarbeitete IHKS für die vier Sozialräume

- Chorweiler, Blumenberg und Seeberg-Nord,
- Meschenich und Rondorf sowie
- Buchheim und Buchforst gemeinsam mit Mülheim-Nord und Keupstraße (als Fortführung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020)

bei der Bezirksregierung eingereicht worden. Die nächste InterMAG-Sitzung sei für den 15.06. vorgesehen. Nach diesem Termin könne es sich entscheiden, ob die Maßnahmen bewilligt würden.

Darüber hinaus bestehe die Möglichkeit, über die Landesinitiative „NRW hält zusammen...für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung“ eine vorgezogene Förderung von Modellprojekten und Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in benachteiligten Quartieren zu erwirken. Antragssteller für den kleinen Aufruf sei nicht die Stadt Köln, sondern die jeweiligen Träger. Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik habe über die Sozialraumkoordinatorinnen und –koordinatoren geeignete Akteure angesprochen. Der Prozess der Antragsstellung sei eingeleitet, jedoch noch nicht abgeschlossen.

Frau Blümel teilt mit, dass es eine gute Kooperation zwischen der Liga, der Verwaltung und den Trägern gegeben habe. Sie schlägt vor, dass einzelne Träger auch an mehreren Standorten aktiv sein könnten.

Frau Hollmann fragt nach den Gründen für den Anstieg der Gewährleistungsaufwendungen und ob bereits finanzielle Mittel, für das integrierte Handlungskonzept, in den Haushalt eingestellt seien.

Herr Santelmann dankt der Liga und den Trägern für die gute gemeinsame Arbeit. Er antwortet, dass er keine Kenntnis darüber habe, ob die finanziellen Mittel in dem Haushalt eingestellt seien.

Im Wesentlichen sei der Anstieg der Kosten auf den Anstieg von Vandalismusschäden zurück zu führen.

Frau Hollmann bittet um eine Aufstellung der Kosten auf die jeweiligen Stadtbezirke und der Wohnungsbelegung der GAG.

Herr Santelmann sagt eine Prüfung der Frage zu.

Herr Klausing fragt, Herrn Wagner, ob es aus seiner Sicht noch eine bessere Zusammenarbeit mit dem Jobcenter geben könne.

Herr Wagner antwortet, dass er diese Frage schriftlich beantworten werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt das von der Verwaltung, der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und den Trägern der Gemeinwesenarbeit entwickelte und vorgelegte Konzept „Aktivierung und Beteiligung

im Quartier – Konzept zur Förderung der Gemeinwesenarbeit in Quartieren mit besonderem Handlungsbedarf“ zustimmend zur Kenntnis.

Der Ausschuss beschließt, die in Teilplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, in Teilplanzeile 15 veranschlagten Mittel zur Förderung der Gemeinwesenarbeit in Höhe von 168.200 € für das Jahr 2016 vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017 wie folgt zu verteilen:

Buchheimer Selbsthilfe e.V.	39.900 €
Christliche Sozialhilfe e.V.	10.100 €
Holweider Selbsthilfe e.V.	59.100 €
Veedel e.V.	59.100 €

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017 die Förderung der Gemeinwesenarbeit ab dem 01.01.2017 auf der Basis des entwickelten Konzeptes fortzuführen. Dabei erfolgt eine Ausweitung auf drei weitere Quartiere, die nach der vorgelegten Quartiersanalyse einen hohen Handlungsbedarf aufweisen. Es entstehen dadurch Mehraufwendungen in Höhe von 125.800 €, die aus zu erwartenden Minderaufwendungen für Leistungen aufgrund vertraglicher Garantieverpflichtungen gedeckt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**3.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2016
1727/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Für Maßnahmen im Rahmen des Antirassismus-Trainings im Jahr 2016 werden – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017 - die im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen für 2016 veranschlagten Mittel in Höhe von 2.000,00 € an Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. für die Durchführung einer Veranstaltung zur Präsentation und Prämierung von Beiträgen zum Wettbewerb an Kölner Schulen „Dissen - mit mir nicht - Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“ vergeben.

Die voraussichtlich verbleibenden Mittel in Höhe von 8.000 € sowie die Mittel für Antirassismus-Training aus dem Integrationsbudget werden in weiteren Schritten möglichst nach Genehmigung des Haushaltes 2016/2017 vergeben.

Der Beschluss des Ausschusses Soziales und Senioren erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln, TOP 4.1 auf der ASS Sitzung vom 25.02.16 0666/2015

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert den Hintergrund der Vorlage. Im Jahr 2013 habe der Rat einen Satzungsbeschluss gefasst, welcher für die Menschen, die die Unterbringungen in Anspruch nehmen, zu unangemessen höheren Gebühren geführt habe. Zu Recht habe es darüber eine intensive Debatte gegeben. Daraufhin habe der Rat beschlossen, dass die Verwaltung eine neue Satzung vorlegen solle. Die Verwaltung habe beschlossen, die erhöhten Gebühren nicht einzutreiben. Es sei jetzt an der Zeit, eine neue Satzung zu beschließen. Hierzu gab es im Vorfeld ein Fachgespräch, zu dem die sozialpolitischen Sprecher/innen, die finanzpolitischen Sprecher/innen und die AVR Sprecher/innen eingeladen waren. Teilgenommen haben jedoch nur die sozialpolitischen Sprecher/innen. Aktuell seien zwei Änderungsanträge (ein Antrag von der Fraktion Die Linke und ein Antrag von den Fraktionen CDU/Bündnis 90/Die Grünen und die FDP) eingereicht worden.

Herr Detjen begründet den Antrag der Linken. Er bedaure, dass die Verwaltung die offene Frage der Linken aus dem Fachgespräch nicht zeitnah kommunizieren konnte.

Das Rechnungsprüfungsamt habe zwei Ideen vorgeschlagen:

- Die Menschen, welche länger in den Heimen wohnen, sollten Mietverträge erhalten
- Die Stadt solle versuchen noch mehr finanzielle Bundesmittel zu akquirieren.

Diese Vorgänge sollten mit dem vorliegenden Auftrag geprüft werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bestätigt noch einmal, dass die Verwaltung zugesagt hatte, dass die notwendigen Informationen rechtzeitig vorliegen sollten. Dies sei leider nicht der Fall gewesen.

Herr Ludwig entschuldigt sich für die Verwaltung, dass die notwendigen Informationen zu diesen Fragestellungen, die im Fachgespräch zugesagt worden wären, nicht rechtzeitig an die Politik übermittelt worden wären. Die Informationen lägen der Verwaltung vor, aber es gab innerhalb der Verwaltung ein Kommunikationsproblem. Er könne jedoch mündlich versichern, dass nicht mehr Geld vom Bund akquiriert werden könne. Er sichert zu, die Fragestellung nach der Möglichkeit einer höheren Bundesbeteiligung nochmals aufzugreifen und eine entsprechende Antwort nachzureichen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, die Beschlussvorlage und beide Änderungsanträge ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben. Er stellt fest, dass die betroffenen Menschen möglichst wenig belastet werden sollen und der Vorschlag von Herrn Detjen, weitere finanzielle Mittel zu akquirieren, ebenfalls ein sinnvoller Auftrag sei.

Frau Heuser unterstützt den Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Paetzold. Die Vergleichbarkeit der alten mit den neuen Gebühren und die aufgezeigten Differenzen bei

den Nebenkosten habe sie sich für die neue Satzung auch gewünscht. Es sollte auch nachvollziehbar sein, ob Selbstzahler durch die Gebührenerhöhung nicht zu Leistungsempfängern würden. Zusätzlich fragt sie nach der Gültigkeit der Satzung von 2013.

Herr Ludwig antwortet, dass es zur Vergleichbarkeit Ausführungen der Verwaltung gebe. Die beschlossene Satzung vom 01.10.2013 für die Zeit sei ab dem 01.01.2014 in Kraft getreten. Er empfiehlt dem Ausschuss daher, die sozialen Verwerfungen, welche in der bisherigen Satzung enthalten seien, durch einen neuen rückwirkenden Beschluss zum 01.01.2014 zu beschließen.

Frau Hoyer unterstützt die Aussagen von Herrn Ludwig. Sie bittet darum, dass Anpassungen von Satzungen nicht über einen so langen Zeitraum hingezogen werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, eine Flexibilisierung in die Satzung einzubauen, nach der die finanziellen Steigerungen kontrolliert niedrig vollzogen werden.

Frau Gärtner möchte, dass die betroffenen Personen endlich Klarheit bekommen. Sie bittet darum, auf der nächsten Ratssitzung einen Beschluss zu fassen.

Herr Detjen weist auf die Satzungen von 2011 hin, nach der alle zwei Jahre die Satzungen überprüft werden müssen. Er schlägt der Verwaltung vor, noch einmal Kontakt mit dem Rechnungsprüfungsamt aufzunehmen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass die Beschlussvorlage und die beiden Änderungsanträge ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben werden sollen. Sollten die angeregten Prüfungen negativ verlaufen, gebe es eine deutliche Mehrheit im Sozialausschuss für die Alternative 1, d.h. die 115%-Regelung. Er ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlagen (Beschlussvorlage der Verwaltung, Antrag der Linken und Antrag CDU / Bündnis 90/die Grünen) ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben. Der Ausschuss befürwortet die Alternative 1 der ursprünglichen Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**TOP 4.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln
AN/1088/2016**

**Prüfantrag zu TOP 4.1 „Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahmen von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln“
AN/1080/2016**

4.2 Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt 0438/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold berichtet, dass die gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen von der Verwaltung dringlich zu einem Fachgespräch am Donnerstag vor Pfingsten zum Drogenhilfeprojekt eingeladen worden seien. Hintergrund sei gewesen, dass die Verwaltung beabsichtigte, die Vorlage als DE (Dringlichkeits-Entscheidung) beschließen zu lassen. Grund für die Dringlichkeit sei, dass der Eigentümer der in Aussicht genommenen Räumlichkeiten zum 01. Juni 2016 einen Mietvertrag haben wolle, ansonsten würde er die Räumlichkeiten anderweitig vermieten. Der Wunsch der Politik in diesem Fachgespräch war jedoch, dass lediglich über die Anmietung der Räumlichkeiten am Neumarkt per DE entschieden werden sollte, da alle die Notwendigkeit eines Drogenhilfekonzeptes am Neumarkt überzeugt waren. Über die Konzeption sollte dann aber in den zuständigen Ausschüssen noch inhaltlich diskutiert werden, da es hier von verschiedenen Seiten noch Klärungsbedarf gebe.

Man kam überein, dass die Verwaltung kurzfristig eine DE zur Anmietung vorlegt und die fachpolitischen Sprecher in ihren Fraktion um Zustimmung werben würden.

Die Konzeption würde dann in einer neuen Vorlage in die Beratungsfolge gegeben.

Er stellt fest, dass die DE bis zum heutigen Tage nicht vorliegt und fragt die Verwaltung, ob die Räume überhaupt noch zur Verfügung stünden.

Er sei ein wenig verärgert darüber, dass die Politik (ausschließlich Ehrenamtler) sehr dringlich zu einem Fachgespräch eingeladen wurde, weil eine DE kurzfristig erforderlich sei, um dann festzustellen müssen, dass diese DE bis zu heutigen Tage nicht vorliege.

Frau Baum erläutert, dass es bei der Dringlichkeitsentscheidung aufgrund einer Abstimmung innerhalb der Verwaltung zu einer Verzögerung gekommen sei. Diese sei jedoch jetzt bei der Oberbürgermeisterin in der Schlusszeichnung und solle die Politik in den nächsten Tagen erreichen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum, dass die Politik zukünftig erst eingebunden werden solle, wenn eine einheitliche Verwaltungsmeinung vorliege. Er stellt fest, dass die vorliegende Vorlage immer noch identisch mit der alten Vorlage sei und die Absprache der unterschiedlichen Dienststellen noch nicht in die Vorlage eingearbeitet worden sei. Er fragt, ob die Politik in der heutigen Sitzung die Vorlage verändern solle.

Frau Gärtner sagt, dass die federführenden Gesundheitspolitiker erst nach dem Sozialausschuss beraten werden. Für sie sei es eine Vorlage in zwei Teilen. Den Standort am Neumarkt würde die CDU heute gerne beschließen. Über die inhaltlichen Fragen zum Konzept und den Änderungsantrag der SPD möchte sie heute nicht abschließend entscheiden. Ihr sei bewusst, dass es auch in den Stadtteilen Mülheim und Kalk Handlungsbedarf gebe, aber die CDU wolle heute nicht drei Standorte beschließen. Sie stellt fest, dass in dem Änderungs-Antrag kein Deckungsvorschlag gemacht wurde. Die Kosten für Mülheim und Kalk müssten von der Verwaltung noch einmal dargestellt werden. Dies könne jedoch nicht dazu führen, dass der Standort Neumarkt heute nicht beschlossen werde. Inhaltlich solle die Vorlage dann im Gesundheitsausschuss diskutiert werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die DE zur Miete unmittelbar bevorstehen würde. So müsse dazu heute im Sozialausschuss kein Beschluss gefasst werden. Eine Ratsentscheidung sei höherwertiger als das Votum eines Fachausschusses. Er schlägt vor, die gesamte Vorlage heute nicht zu beschließen.

Frau Hoyer schließt sich der Sichtweise des Vorsitzenden Herrn Paetzold an. Sie sehe die Probleme auch heute noch bei der konzeptionellen Frage. Sie könne nicht vorhersagen, ob dieses Konzept im Gesundheitsausschuss beschlossen werden könne. Die personelle Frage und der Beratungsansatz seien noch nicht geklärt. Es seien noch zu viele Fragen offen, um heute diese Vorlage zu beschließen. Sie sehe jedoch einen großen Handlungsbedarf am Neumarkt und wünscht sich für diesen Standort zeitnah eine Lösung.

Frau Dahlheim erläutert, dass es sich bei der Verwaltungsvorlage um einen Realisierungsvorschlag für ein Objekt mit groben Rahmenbedingungen handeln würde, welches auch mit den Trägern abgestimmt sei. Dies sei vor dem Hintergrund der geltenden Landesverordnung zum Betrieb von Drogenkonsumräumen umzusetzen. Bei dem Verwaltungsvorschlag würde es sich nicht um ein inhaltlich ausgearbeitetes Konzept handeln. Dies würde im Anschluss mit den Trägern erfolgen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob der Realisierungsvorschlag mit den Fachträgern abgestimmt wurde.

Frau Dahlheim antwortet, dass in Gesprächen mit den Trägern ein inhaltlicher Austausch stattgefunden und ein gemeinsamer Konsens erzielt werden konnte. Zunächst sei der notwendige Bedarf für ein Drogenhilfeangebot am Neumarkt, mit Kontaktladen, sowie Drogenkonsumraum, mit Beratungsangeboten und Möglichkeiten einer Tagesstruktur sowie medizinischer Hilfe festgestellt worden. Ein Konzept bezüglich der inhaltlichen Abläufe in dieser Einrichtung sei noch nicht festgelegt worden. Dies würde nach Ausarbeitung dem Antrag an das Land NRW entsprechend der Landesverordnung beigelegt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass es für die Politik vorteilhaft gewesen wäre, bei mindestens 800.000,- Euro Ausgaben im Jahr, mehr als einen Realisierungsvorschlag vorgelegt zu bekommen. Ein inhaltliches Konzept sei in seiner Betrachtungsweise dringend notwendig.

Frau Heuser pflichtet Frau Dahlheim bei, dass es sich nicht um ein Feinkonzept handelt. Der Realisierungsvorschlag sei sehr niederschwellig. Die Grünen würden dieser Vorlage so zustimmen. Sie bittet darum, dass das inhaltliche Konzept diesem Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Sie sehe ebenfalls großen Handlungsbedarf in Kalk und Mülheim. Aufgrund der Lage des Neumarktes als zentralem Knotenpunkt und ebenfalls touristisch attraktivem Ort ist dort besonders großer Handlungsbedarf gegeben. Sie sieht grundsätzlich einen Bedarf für alle drei Standorte, empfinde es aber als konstruktiv, jetzt mit dem Standort Neumarkt zu beginnen.

Frau Dahlheim bestätigt die Aussage von Frau Heuser. Sie ergänzt, dass die Prioritätensetzung am Neumarkt mit den Trägern besprochen worden sei.

Herr Detjen erinnert daran, dass Aufgabe des Sozialausschuss sei, sich um die Belange der Menschen zu kümmern, wohingegen das Thema Tourismus in die Zuständigkeit des Wirtschaftsausschusses falle. Der SPD Antrag sei konkreter als die Verwaltungsvorlage. Er schlägt vor, die Vorlagen ohne Votum in den Gesundheitsausschuss zu schieben. Die Standorte Mülheim und Kalk sollten jedoch nicht von der Verwaltung vernachlässigt werden. Er fragt, ob nicht die beiden anderen Standorte

mitbeschlossen werden können. Dann wäre der Sozialausschuss seinen inhaltlichen Aufgaben nachgekommen.

Herr Krücker bringt zum Ausdruck, dass er die Diskussion doppelzünftig empfinde. Man könne doch nicht einfach ein neues fachliches Angebot eröffnen, stelle zuerst die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen her und erst dann folgt ein inhaltliches Konzept. Dieser Ansatz sei falsch. Zuerst müsse ein inhaltlich-fachliches Konzept erarbeitet werden. Anschließend müssten die Rahmenbedingungen festgelegt werden und daraufhin müsste ein Finanzkonzept greifen. Die festgelegten Standards in der Vorlage unterschreiten die sonstigen Standards in der Kölner-Drogenhilfe deutlich. Ob man dies wirklich will, stellt er in Frage. Er bestätigt, dass Gespräche zwischen Verwaltung und Trägern stattgefunden habe, jedoch kam es nach seiner Erkenntnis nicht zu einem einvernehmlichen Ergebnis über die fachlichen Standards. Zwei Träger der Drogenhilfe lehnen diesen Realisierungsvorschlag ab. Er fragt, wie die Haltung der Polizei zu der Vorlage sei.

Frau Gärtner wiederholt, dass sie diese Vorlage im Gesundheitsausschuss beraten wolle. Sie kündigt an, dass die CDU ebenfalls einen Antrag im Gesundheitsausschuss vorlegen werde. Auch sie bittet um eine Stellungnahme der Polizei. Sie sei über die Aussage von Frau Dahlheim, dass es einen Konsens mit den Trägern gebe sehr irritiert. Sie hoffe, dass in der nächsten Ratssitzung eine Entscheidung getroffen werden könne.

Herr Peters führt aus, dass die Träger SKM und Drogenhilfe einen niederschweligen Zugang befürworten. Er bestätigt, dass es fünf Gespräche mit der Verwaltung gegeben habe, in denen aber kein Konsens herbeigeführt werden konnte und es bestehe bisher keine gemeinsame Linie.

Der Vorsitzende Herr Paetzold äußert sich besorgt, dass die eingeplanten 800.000,- Euro p.A. für das Realisierungskonzept nicht ausreichend seien. Die SPD möchte nicht, dass ein nicht ausreichendes Konzept zum Drogenkonsumraum umgesetzt werde. Die SPD möchte keinen „Drogenkonsumraum light“. Der Drogenkonsumraum dient der Versorgung und Betreuung schwer kranker Menschen. Hierfür benötige man großen Sachverstand. Es könne nicht darum gehen, dass Menschen von der Straße verschwinden, sondern es gehe darum, diesen kranken Menschen zu helfen. Dafür benötige man ein sehr gutes Angebot. Der SPD seien die kranken Menschen in Kalk und in Mülheim genauso wichtig wie die Menschen am Neumarkt. Das vorliegende Zahlenmaterial lasse vermuten, dass z. B. in Kalk der Bedarf für die Menschen um einiges größer ist als am Neumarkt. Er fragt, wie die Priorisierung für den Neumarkt entstanden sei. Die Stärkung des Tourismusstandortes sei nicht das Ziel der Sozial- und Gesundheitspolitik der SPD.

Frau Hoyer sagt, dass für alle Standorte wieder mehr Geld veranschlagt werden müsse. Sie möchte den Einstieg aber zeitnah am Neumarkt, weil dort ein besonderer Handlungsbedarf sei. Dies habe nicht mit einer mangelnden Wertschätzung gegenüber den Menschen in Kalk oder Mülheim zu tun. Sie spricht sich dafür aus, dass der vorliegende Realisierungsvorschlag schnellstmöglich durch ein inhaltliches Konzept ergänzt werde. Sie erinnert daran, dass ihr vor einigen Jahren von der Verwaltung gesagt wurde, dass der Drogenkonsumraum im rechtsrheinischen eingestellt werde, weil kein Bedarf bestünde. Sie schlägt eine langfristige Handlungs- und Perspektivplanung vor.

Der Vorsitzende Herr Paetzold klärt auf, dass der Drogenkonsumraum in der Siegburgerstr. geschlossen wurde, weil die Örtlichkeit ungünstig war und die Substitution mit Methadon damals zugenommen habe. Bis zum 01.01.2016 durften substituierte Drogenabhängige einen Drogenkonsumraum nicht nutzen. Der Konsum von Heroin durch

Substituierte sei besonders risikoreich. Ihm sei lieber, dass die betroffenen Menschen dies unter Aufsicht eines Rettungsassistenten machen würden. Deshalb begrüßt er, dass mittlerweile auch Substituierte Drogenkonsumräume nutzen könnten.

Herr Detjen bemerkt, dass er es kritisch sehe, wenn zwei Träger der Drogenhilfe den vorliegenden Realisierungsvorschlag nicht unterstützen würden. Er bittet die Verwaltung, die Bedenken der Träger und der Polizei schriftlich niederzulegen und dem Gesundheitsausschuss zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold merkt an, dass die Bedenken der Polizei mit in die Vorlage der DE eingearbeitet werden.

Herr Klausing fragt Frau Dahlheim;

- was die inhaltliche Vorgaben für die Vorlage gewesen seien,
- was Grundlage der Kalkulation gewesen sei,
- wie die gesetzlichen Standards aussehen

Er fühle sich von der Verwaltung schlecht informiert und hätte sich detailliertere Aussagen über den inhaltlichen Ansatz von der Verwaltung gewünscht, um die Politik zur Entscheidung zu befähigen.

Frau Dahlheim antwortet, dass die Vorgabe sei, ein niederschwelliges Angebot mit verschiedenen Hilfen bereitzustellen. Diese Vorgaben seien im Realisierungsvorschlag angegeben. Z.B. die Erfordernisse an die Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums. Die Schwerpunkte einer solchen Einrichtung seien vorgegeben, die Feinjustierung bedürfe einer gemeinsamen Abstimmung mit den Trägern. Dies werde auch in dem Realisierungsvorschlag niedergelegt. Der Bedarf und die Standards einer solchen Ausstattung seien über die Landesvorgaben der Drogenkonsumraumverordnung festgelegt. Zusätzlich gebe es Erfahrungswerte, die darlegen wie Abläufe und Personal zu regeln sei. Da die Räume zur Anmietung zur Verfügung stünden, konnte der Personaleinsatz hervorragend auf die vorhandenen Räume abgestimmt werden. Die Standards entsprächen denen in anderen Konsumräumen wie z.B. im vorhandenen Kölner Drogenkonsumraum. D.h. die Standards im Drogenkonsumraum am Neumarkt sollen genauso sein wie die Standards im Drogenkonsumraum im Hauptbahnhof.

Herr Peters skizziert, dass es sich um eine hochbrisante Thematik handle. Die Träger haben die Eckpunkte aus den Unterlagen entnommen und diese müssten nun bewertet werden. Er schlägt ein Fachgespräch zu diesem Thema vor.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass der Vorschlag eines Fachgespräches von der Verwaltung aufgenommen werden solle. Hierzu sollten die gesundheitspolitischen Sprecher, die sozialpolitischen Sprecher und die Sprecher des AVR eingeladen werden. Dieses Fachgespräch sollte vor dem nächsten Gesundheitsausschuss stattfinden. Die Vorlage solle in die Beratungsfolge geschoben werden, mit dem Ziel diese im Gesundheitsausschuss fachlich zu diskutieren. Die Dringlichkeitsentscheidung (DE) über die Anmietung des Objektes am Neumarkt stehe unmittelbar bevor. Somit müsse der Sozialausschuss heute auch nicht beschließen. Alle demokratischen Parteien (SPD/CDU/Bündnis90/Die Grünen/Die Linke/Die FDP) sind sich einig, dass die Stellungnahme der Polizei in der DE aufgeführt sein muss. Sonst könnten die demokratischen Parteien keine Zustimmung zu der DE geben. Der Änderungsantrag der SPD Fraktion wird ebenfalls in die Beratungsfolge geschoben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für die intensive Diskussion und ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlagen (Beschlussvorschlag der Verwaltung und Änderungsantrag SPD) zur weiteren Beratung in die Gremienfolge zu verschieben. Die Verwaltung wird gebeten, ergänzende Informationen bis spätestens zum Gesundheitsausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**TOP 4.2 Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt
AN/1087/2016**

**4.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020
0990/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt den vorliegenden Bericht.

Herr Dr. Bell referiert über das Handlungskonzept Behindertenpolitik. Das Referat liegt dem Protokoll bei.

Frau Schmerbach lobt die gute Darstellung des Berichtes. Sie bittet darum, dass dieses Thema in der nächsten Sitzung noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt werde. Da eine Stelle im Bereich Behindertenaufgaben fehle, könnten einige Aufgaben nicht umgesetzt werden. Sie fragt, wie Inklusion als Querschnittsaufgabe von den Ämtern wahrgenommen und umgesetzt werde.

Frau Gärtner ist der Ansicht, dass Aufgaben zur Barrierefreiheit nicht aufgrund ungeklärter Zuständigkeiten scheitern dürfen. Sie verweist auf Punkt 11 des Berichtes, wo dies explizit aufgeführt sei. Herr Ladenberger dankt für den guten Bericht, der in den nächsten Jahren noch erweitert werden muss. Eine weitere Stellungnahme der Stadt AG werde folgen.

Herr Detjen weist auf Warnungen in dem Bericht hin. Er fragt, ob die Verwaltung den Behindertenorganisationen weiter entgegenkommen könne und es einen „direkten Draht“ gebe.

Herr Dr. Bell antwortet, dass er als Behindertenbeauftragter der „direkte Draht“ sei. Die Personalreduktion könne nicht durch die verbliebenen Mitarbeiter/innen kompensiert werden. Er weist auf die ehrenamtliche Arbeit der beteiligten Personen hin.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.
Der Rat möge beschließen:

Beschluss:

Der Rat begrüßt den 2. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ und nimmt diesen zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushalts-

mittel Prioritäten zu setzen und die Einzelmaßnahmen – soweit erforderlich – den zuständigen politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Der nächste Folgebericht über die Umsetzung ist den politischen Gremien in 2021 vorzulegen.

Darüber hinaus sind der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und gegebenenfalls weitere Fachausschüsse des Rates und die Bezirksvertretungen durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.4 Zusetzung von 1,0 Mehrstelle zur Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity 1056/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.

Der Rat möge beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushaltsplans 2016/2017, die Einrichtung einer 1,0 Mehrstelle Verwaltungsangestellte/r in der Bewertung VGr. IVa/III, Fg. 1b/1b BAT (vgl. BGr. A 12 ÜBesG NRW) bei der Dienststelle Diversity zum Stellenplan 2016/2017 für die freiwillige Aufgabe „Prävention und Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity“.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Stelle sehr kurzfristig nach Inkrafttreten des Haushaltsplans 2016/2017 zu besetzen.

Die Finanzierung der erforderlichen Personalaufwendungen (Teilplanzeile 11) in Höhe von 77.700 € im Teilergebnisplan 0504 – sonstige freiwillige soziale Leistungen erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung aus dem in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen veranschlagten Integrationsbudget.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.5 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften 1434/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf den Dringlichkeitsantrag von CDU und Bündnis90/Die Grünen und auf den Änderungsantrag der SPD hin. Da der Dringlichkeitsantrag von CDU und Bündnis90/Die Grünen vor dem der SPD einging, bittet er zunächst Frau Heuser ihren Antrag zu begründen.

Frau Heuser begründet den vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Sie kritisiert, dass der Umweltausschuss nicht in die Beratungsfolge einbezogen worden sei. Die Vorlage

weist Standorte aus, die sehr sensibel seien, da sie als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen sind. Bezüglich weiterer Standorte möchte sie wissen, wie die Verwaltung mit notwendigen Lärmschutzmaßnahmen und/oder Altlasten umgehen wird. Die Verwaltung möge zeitnah prüfen, ob an einem der Standorte ein fünfgeschossiges Gebäude in Holzbauweise möglich sei.

Herr Dr. Schulz begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Er bittet darum, dass die in der Beschlussvorlage vorgeschlagenen Flächen möglich rasch auf ihre Eignung für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften geprüft werden, und dass bei Eignung dort auch schnellst möglich Unterkünfte errichtet werden, damit zum einen die Geflüchteten rasch aus den sehr schwierigen Unterbringungen in Sporthallen herauskommen könnten und zum anderen die Sporthallen wieder ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt werden könnten.

In der Beschlussvorlage sei aufgeführt, dass von 31 möglichen Standorten nur 18 in einer ersten Prüfung als geeignet bewertet wurden. Im Sinne der Transparenz hätten alle 31 möglichen Standorte und die Bewertungskriterien dem Sozialausschuss vorgelegt werden sollen, damit der Ausschuss die Entscheidung der Verwaltung nachvollziehen kann.

Möglicherweise seien ja die Flächen, die nach Meinung der Verwaltung für den Bau von Flüchtlingsunterkünften nach Phase A und B nicht geeignet seien, für Bauten nach Phase C und D geeignet. Auch die Schaffung von Wohnraum gemäß Phase C und D müsse unbedingt vorangetrieben werden.

Die SPD strebe eine langfristige Perspektive zum Bau von Flüchtlingsunterkünften an. Die Belegung von Sporthallen dürfe nur eine absolute Notmaßnahme sein. Wenn in Turnhallen die Temperatur im Winter nicht mehr 18 Grad sei, dann sei dies für die Bewohner sicher kein optimaler Zustand. Außerdem hätten die Sporthallen eine ganz andere Funktion.

Auch die nichtstädtischen Angebote von Flächen sowie leerstehende Gewerbeobjekte müssen dringlich in weitere Prüfungen mit einbezogen werden. Es solle außerdem abgefragt werden (wenn nicht schon geschehen), ob die Bezirksvertretungen nicht zusätzlich wichtige Hinweise geben könne. Er bittet darum, dass zu jedem Standort eine einzelne Vorlage zum Baubeschluss erarbeitet und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Die Sporthallen sollen dort geräumt werden, wo die größtmögliche Entlastung durch andere Unterkünfte gegeben sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold teilt mit, dass die SPD dem Änderungsantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beitreten wird.

Frau Heuser schlägt vor, dass alle Vorlagen ohne Votum in die weitere Beratungsfolge geschoben werden. Sie bittet darum, dass der Ausschuss Umwelt und Grün in die Beratungsfolge aufgenommen werde. Der Ausschuss Umwelt und Grün habe noch eine Sondersitzung zum Thema Kalkberg, so dass diese Vorlage dort vor der Ratssitzung besprochen werden könne.

Der Vorsitzende Herr Paetzold greift dies auf und bittet die Verwaltung, dass die Vorlage dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Beratung in seiner Sondersitzung angeboten wird.

Frau Hoyer teilt für die FDP mit, dass diese Vorlage und die Problematik im Ausschuss Umwelt und Grün angesprochen wurde und es keinen Widerspruch gab, so dass keine Rechtsunsicherheit aufkommen dürfte.

Herr Ludwig bedauert, dass der Umweltausschuss nicht in der Beratungsfolge berücksichtigt wurde, dies werde nachgeholt. Er erläutert, dass es sich bei der Vorlage um den Auftrag an die Verwaltung handele, zunächst Flächen zu prüfen. Vor einer Realisierung der Bebauung auf den geprüften Flächen gebe es selbstverständlich entsprechende Beschlussvorlagen zu jeder einzelnen Fläche, die auch dem Umweltausschuss vorgelegt werden. Die Umweltbelange werden selbstverständlich berücksichtigt.

Frau Gärtner bittet darum, dass diese Vorlage erst im Rat beschlossen werden solle. Ihr sei das Votum und die Meinung der Bezirksvertretungen sehr wichtig und diese sollen in den Gesamtkontext mit einfließen. Zum SPD Änderungsantrag möchte sie noch Beratungsbedarf anmelden.

Herr Detjen sagt seine Unterstützung für den Dringlichkeitsantrag von CDU/Bündnis 90/Die Grünen zu.

In der Verwaltungsvorlage gebe es drei Standorte, auf denen Systembauweise realisiert werden soll. Er fragt, ob es möglich wäre, mehr Standorte in Systembauweise zu entwickeln als die drei angegebenen. Falls nur diese drei Standorte zur Verfügung stehen würden, schlägt er vor, zumindest eine in der Holzbauweise auszuführen. Er fragt, welche Möglichkeiten bestehen, dass auch Bauten der Phase zwei und drei vermehrt umgesetzt werden können, ohne dass diese Verwaltungsvorlage aufgehoben wird. Zum SPD Änderungsantrag möchte er noch Beratungsbedarf anmelden.

Für Frau Hoyer ist bei diesem Thema die Schnelligkeit von enormer Bedeutung. Sie hoffe, dass die Verwaltung die notwendigen Prüfungen schnell durchführen und dann schnell in die Umsetzung kommen könne. Sie gibt zu bedenken, dass durch den SPD Antrag wieder eine zeitliche Verzögerung eintreten könne. Dem Antrag von CDU/Bündnis 90/Die Grünen könne sie zustimmen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erklärt, dass die SPD die Prioritätenliste zur Freizeithaltung von Sporthallen nicht neu diskutieren wolle. Falls möglich und sinnvoll sollten aber an den Standorten, an denen neue Flüchtlingsunterkünfte realisiert werden, möglichst auch die Sporthallen für Vereins- und Schulsport freigezogen wieder freigeräumt werden.

Frau Heuser meldet zu dem SPD Änderungsantrag Beratungsbedarf an, da der Antrag keine neuen Aspekte aufwirft. Um die Sporthallen freizuräumen, sollten auch Leichtbauhallen für Flüchtlinge entstehen. Sie bittet darum, dass der Ausschuss Umwelt und Grün in die Gremienfolge aufgenommen werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen. Dem Änderungsantrag von CDU/Bündnis 90/Die Grünen könne der Sozialausschuss heute zustimmen. Die Beschlussvorlage und der Änderungsantrag der SPD sollen ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben werden. Im Rat solle dann eine Entscheidung getroffen werden. Die Bezirksvertretungen sollen in den Beratungsprozess mit eingebunden werden.

Der Ausschuss bittet darum, dem Ausschuss Umwelt und Grün die Vorlage zur Beratung in dessen Sondersitzung am 20.06.2016 anzubieten.

Zur Begriffsklärung fragt er die Verwaltung, was sie unter dem Begriff „temporäre Flüchtlingsunterkünfte“ verstehen würde.

Herr Ludwig antwortet, dass an den in Frage stehenden Standorten kein ordentliches Baurecht bestehe, daher nur temporäre Bauten entstehen können. Sein Amt erhalte dort nur für einen begrenzten (2 – 10 Jahre) Zeitraum eine Erlaubnis, eine bestimmte Einrichtung zu betreiben. In dieser Vorlage werden nur Flächen ausgewiesen, auf denen kein dauerhaftes Baurecht bestehe.. Nach der Sommerpause werde die Verwaltung eine ähnliche Vorlage für die Phasen drei und vier vorlegen. Dort werden Flächen lokalisiert werden, die für konventionelles, dauerhaftes Bauen und damit dauerhaftes Wohnen (nicht nur für Flüchtlinge) geeignet seien.

Der Vorsitzende Herr Paetzold wünscht der Verwaltung viel Erfolg bei der weiteren Prüfung der Fläche. Er bezweifelt aber schon jetzt, dass alle Flächen wirklich geeignet sind. So sieht er z.B. bei den Flächen „Zum Milchmädchen“ in Poll und „Neurather Weg“ in Höhenhaus erhebliche Probleme wg. der bisherigen bzw. evtl. geplanten Nutzungen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung über den Änderungsantrag von CDU/Bündnis 90/Die Grünen auf. Er stellt fest, dass einstimmig **zugestimmt wurde**. Er ruft zur Abstimmung darüber auf, dass die Beschlussvorlage und der Änderungsantrag der SPD ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben werden soll.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, dass die Vorlagen (Beschlussvorschlag der Verwaltung und Änderungsantrag der SDP) ohne Votum in die Gremienfolge geschoben werden sollen. Der Ausschuss Umwelt und Grün wird gebeten, die Vorlagen auf seiner Sondersitzung am 20.06.2016 ebenfalls zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

TOP 4.5 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften
AN/1085/2016

Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften in Holzbauweise
AN/1078/2016

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.6 Feinkonzept zur Einrichtung und Umsetzung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
1826/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt die rasche Umsetzung des Ratsbeschlusses und erklärt, dass seine Fraktion der vorliegenden Vorlage zustimmen werde.

Frau Heuser dankt für die Vorlage. Sie bittet darum, dass die personelle Auflistung in der Vorlage um die Diversity Punktdienststelle und die Gleichstellungsstelle erweitert werde.

Herr Oster sagt dies zu. Falls noch weitere Ansprechpartner in anderen Dienststellen sinnvoll sind, werde er auch diese mit aufnehmen.

Frau Lerchner fragt;

- ob die Stelle eine Weisungsbefugnis gegenüber anderen Stellen habe,
- ob es für die ausgeschriebene Stelle eine Kontrollinstanz gebe,
- und wie die Abgrenzung zum bereits bestehenden Beschwerdemanagement gegeben sei

Herr Oster antwortet, dass die Ombudsstelle keine Weisungsbefugnis gegenüber Dienststellen in der Verwaltung hat. Zu den Pflichten dieser Stelle gehöre jedoch ein regelmäßiges Berichtswesen. Es sollen Informationen über Mängel dokumentiert werden, was getan wurde, um diesen Hinweisen nachzugehen und festgestellte Mängel zu beheben. Die Berichte werdenden zuständigen Gremien zur Kenntnis gegeben. Die Politik und die Öffentlichkeit haben dann die Möglichkeit der Kontrolle und Einflussnahme.

Es werde keine Kontrolle der täglichen Arbeit geben können. Die Aufgaben für diese Stelle seien klar festgelegt und müssen erfüllt werden. Durch die vorzulegenden Berichte ist ein Überblick über die geleistete Arbeit möglich. Nach eineinhalb Jahren werde ein Fazit gezogen, was die Stelle bewirkt habe.

Der Verzicht auf weitergehende Kontrollen sei der Preis der Freiheit und der Unabhängigkeit dieser Stelle.

Die Ombudsstelle werde– wie im Konzept beschrieben - gravierenden Hinweise nachgehen. Am Anfang werden sicherlich auch Hinweise eingehen, die unterhalb der Aufgabenstellung der Ombudsstelle liegen und direkt beim Beschwerdemanagement der jeweiligen Dienststelle bearbeitet werden müssen. Die Stelleninhaber müssen in diesen Fällen eine klare Grenze ziehen und diese Beschwerden und Hinweise an das jeweilige Beschwerdemanagement weiterleiten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat. Der Rat möge beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt das auf Basis des Ratsbeschlusses vom 10.05.2016 (1252/2016) erstellte Feinkonzept zur Einrichtung und Umsetzung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln, das in der Anlage dieser Vorlage beigefügt ist.

Der Rat gewährt einen Zuschuss an den Kölner Flüchtlingsrat e.V. als Projektträger in Höhe von 72.050 € für 2016 und 127.600 € für 2017. Der Zuschuss wird aufgrund der anhaltenden Brisanz in der Thematik der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und der damit verbundenen Problemlagen für die Weiterführung notwendiger

Aufgaben als unaufschiebbar im Sinne des § 82 GO (Vorläufige Haushaltsführung) angesehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**4.7 Erweiterung des Projektes "Auszugsmanagement"
1450/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass die vorliegende Vorlage wichtig sei und die SPD der Vorlage zustimmen werde.

Herr Detjen fragt, wo die Arbeit angebunden werde.

Herr Ludwig antwortet, dass es einen Trägerverbund von Caritas, Flüchtlingsrat und Deutschem Roten Kreuz gebe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.
Der Rat möge beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, das Projekt „Auszugsmanagement“ ab dem 01.08.2016 wie folgt zu erweitern:

- 1 Vollzeitstelle „Auszugsmanager/in“ bei den beteiligten Trägern ab dem 01.08.2016

Zur Finanzierung der konsumtiven Aufwendungen in Höhe von 30.417 € im Haushaltsjahr 2016 und in Höhe von 73.000 € im Haushaltsjahr 2017 sind im Haushaltsplanentwurf 2016/2017 im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entsprechende Aufwendungen vorgesehen.

Die Finanzierung der Folgekosten ab 2018 ff. erfolgt durch Einsparungen im jeweiligen Haushaltsjahr innerhalb des Teilplans 1004.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

7.1.1 Einschränkung des Bürgerservice 1684/2016

Frau Kleinpaß-Börschel berichtet, dass gerade Senioren nicht glücklich über die Schließung der Servicestelle für Wohngeldberatung waren. Auch die Veröffentlichung der Schließung war sehr unprofessionell und für die betroffenen Menschen nicht klar zu erkennen. Sie fragt, wie lange es von der Antragsstellung bis zur Wohngeldzahlung dauern würde. Zusätzlich möchte sie wissen, ob die bestehenden Mitarbeiter/innen diese zusätzlichen Aufgaben bewältigen müssen.

Herr Ludwig sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Vor der Wohngeldnovelle lag der Zeitraum bei sechs Wochen. Die konkrete Dauer seit der Wohngeldnovelle müsse er überprüfen.

Herr Dr. Schulz kritisiert, dass die Verwaltung angebe, dass Anträge wegen Urlaub nicht bearbeitet werden können. Die Betroffenen wären auch nicht im Urlaub und benötigen Unterstützung.

Herr Scheffer fragt, ob für die optimale Bearbeitung des Köln-Passes nicht zusätzliches Personal eingestellt werden solle.

Herr Santelmann sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

7.1.2 Angemessenheit der Unterkunft im SGB II und neuere Rechtsprechung AN/0966/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass noch keine Antwort zu der Anfrage vorliege.

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.1.1 Anrechnung des Einkommens im ALG II-Bezug AN/0967/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass noch keine Antwort zu der Anfrage vorliege.

8.1.2 Was gilt als angemessener Wohnraum in Köln? AN/1026/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass noch keine Antwort zu der Anfrage vorliege.

8.2 Bericht des Jobcenter Köln 1760/2016

Herr Dr. Schulz lobt den Hotspot.

Frau Hoyer lobt das Kölner Bildungsmodell. Sie fragt, ob es vergleichbare Projekte auch in anderen Städten gebe. Sie zeigt sich erfreut, dass Köln bei der Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit sehr gut da stehe.

Herr Klausing fragt zu den Kosten der Unterkunft (KdU), die in 2016 monatlich ca. 2 Mio. Euro unter der Prognose liegen, ob sich dieser Trend bis Ende des Jahres fortsetzen werde.

Frau Hollmann fragt zum Bildungsmodell, wie viele Menschen noch eine Prüfung absolvieren werden.

Frau Schmerbach fragt zur Kooperation mit dem Berufsförderungswerk, wie viele reguläre Arbeitsverhältnisse entstanden seien.

Frau Heuser fragt, ob die Kosten für die KdU tatsächlich gesunken seien.

Herr Detjen fragt, ob die Anzahl bei den Teilzeitqualifizierten gesteigert werden könne und wie diese Teilnehmer bezahlt werden.

Herr Wagner antwortet, dass das Kölner Bildungsmodell bis jetzt bundesweit einzigartig sei. Das Land NRW möchte die Idee im Rahmen eines Projektes des MAIS ausweiten. Das Jobcenter Köln möchte sich an dem Projekt beteiligen, ein erster Grobentwurf liegt bereits vor. Nach Konkretisierung wird er den Ausschuss weiter über das NRW Projekt informieren. Da das Kölner Bildungsmodell erst in 2014 gestartet ist, haben bislang erst vier Teilnehmer/innen eine „Vollprüfung“, d.h. einen Ausbildungsabschluss absolviert, allerdings habe eine Vielzahl von Menschen eine „Teilprüfung“ abgelegt. Er werde dem Protokoll die genauen Zahlen beifügen. Die Bezahlung entspreche den Leistungen gemäß SGB II. Ist ein Teilnehmer Kunde der Arbeitsagentur, sind die Bezüge entsprechend dem SGB III. (ALG I)

Stadt Köln und Jobcenter haben bezüglich der Kosten der Unterkunft eine Zielvereinbarung abgeschlossen, der eine realistische Prognose zugrunde liegt. Das angestrebte Ergebnis beinhaltet ebenfalls eine Prognose zu der Anzahl der Menschen mit Fluchthintergrund, welche in den Rechtskreis SGB II einmünden. Diese prognostizierte Anzahl sei bis heute noch nicht erreicht worden. Dies sei der Grund dafür, dass das Jobcenter noch unter den prognostizierten Ausgaben der KdU liege. Spekulationen über den weiteren Verlauf bis zum Ende des Jahres wolle er jedoch nicht anstellen, da nicht vorhersehbar sei wie viele Menschen aus dem Bereich AsylbLG ins SGB II einmünden.

Zum Berufsförderungswerk führt er aus, dass die Kooperation sehr gut funktioniere. Bisher seien 44 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, davon rund 40 in Vollzeit. Einige davon werden jetzt entfristet.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Anlage zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 09.06.2016 zu TOP 8.2

„Kölner Bildungsmodell“

Ausgangslage zum Start des Modells: Fachkräftebedarf in Köln und fehlende Berufsabschlüsse bei Arbeitslosen

Der Fachkräftebedarf ist in Köln bereits jetzt spürbar, das Problem wird sich in den nächsten Jahren aufgrund fehlender geeigneter Bewerber noch verschärfen- auf der anderen Seite: 11.200 Arbeitslose zwischen 25 und 35 in Köln von denen 70 Prozent (im SGB II System) keinen Berufsabschluss haben.

Zielsetzung des Kölner Bildungsmodells

2014 wurde das Kölner Bildungsmodell im Kommunalen Bündnis für Arbeit (IHK, Handwerkskammer, Forschungsinstitut für Berufsbildung im Handwerk, DGB, Stadt Köln, Agentur für Arbeit Köln, Jobcenter Köln) konzipiert, um dem Fachkräftemangel in bestimmten Zielberufen entgegenzuwirken und parallel für den hohen Anteil der SGB II – Kundinnen und Kunden ohne Berufsabschluss ein adäquates Qualifizierungsangebot zu platzieren.

Beteiligte Träger / Berufsfelder

Handwerkskammer zu Köln

- Tischler
- Hochbaufacharbeiter
- Metallbauer
- Diakonie Michaelshoven - Zentrum Bildung und Beruf Michaelshoven gGmbH
- Fachlagerist
- Verkäufer
- Maschinen- und Anlagenführer
- Kolping Bildungswerk Diözesanverband Köln e.V.
- Fachkraft Gastgewerbe
- Koch

In Abstimmung mit der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer wurden Zielberufe mit einer hohen Aufnahmefähigkeit identifiziert. Diese wurden in Teilqualifizierungen aufgeteilt. Nach Abschluss eines jeden Moduls erfolgt eine Zwischenprüfung vor der zuständigen Kammer.

Aktuelle Teilnehmerzahlen

Bisher sind 549 Kunden in das Kölner Bildungsmodell eingestiegen. Aktuell befinden sich 255 Teilnehmer im Modell, davon 19 in der Profilingphase. Eine Übersicht zu den abgeschlossenen Ausbildungsbausteinen ist der **Anlage** zu entnehmen.
gez. Wagner

Anlage: Übersicht zu den abgeschlossenen Ausbildungsbausteinen

Anlage: Übersicht erfolgreich abgeschlossene Ausbildungsbausteine im Kölner Bildungsmodell Stand: Juni 2016

Beruf	Qualifizierungsbaustein	Wochen	Anzahl bestandener Kompetenzfeststellungen
Hochbaufacharbeiter /Schwerpunkt Maurer	Holzkonstruktionen herstellen	4	6
Hochbaufacharbeiter /Schwerpunkt Maurer	Baukörper aus künstlichen Steinen herstellen	11	7
Hochbaufacharbeiter /Schwerpunkt Maurer	Bauteile aus Beton und Stahlbeton herstellen	11	6
Erschließen von Bauwerken im Hochbau		13	4

Hochbaufacharbeiter /Schwerpunkt Maurer	Beschichten und Bekleiden sowie Herstellen von Bauteilen im Ausbau	13	2
Hochbaufacharbeiter /Schwerpunkt Maurer	Mehrschalige Mauerwerke aus künstlichen Steinen herstellen	23	1
Hochbaufacharbeiter /Schwerpunkt Maurer	Baukörper aus Beton und Stahlbeton herstellen	15	1
Hochbaufacharbeiter /Schwerpunkt Maurer	Estriche, Putze und Bauteile im Trockenbau herstellen	14	0
Metallbauer	Fertigen von Bauelementen aus Baugruppen des Metallbaus	28	15
Metallbauer	Fertigen von Bauelementen aus Baugruppen des Stahlbaus	28	12
Metallbauer	Bearbeiten von Blechen	18	7
Metallbauer	Herstellen und Einbauen von Türen und Toren	22	3
Metallbauer	Herstellen und Einbauen von Fenstern und Metall- und Glaskonstruktionen	22	0
Metallbauer	Verkleidungen herstellen und Einbauen sowie Wärmeschutzelemente be- und verarbeiten	22	0
Metallbauer	Herstellen und Einbauen von Treppen und Geländern	22	0
Metallbauer	Schließ- und Sicherheitstechnik	20	0
Tischler	Be- und Verarbeiten von Holz, Holzwerkstoffen und sonstigen Werkstoffen sowie Halbzeugen	26	34
Tischler	Herstellen von Teilen und Zusammenbauen zu Erzeugnissen des Möbelbaus und des Innenausbaus	18	20

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Holzständerbauten zur Unterbringung von Flüchtlingen AN/0635/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Anfrage ohne Aussprache zur Kenntnis.

9.1.1.1 Holzständerbauten zur Unterbringung von Flüchtlingen 1301/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne Aussprache zur Kenntnis.

9.1.2 Neue Modelle für die Unterbringung von Flüchtlingen AN/0658/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

9.1.2.1 Neue Modelle für die Unterbringung von Flüchtlingen 1309/2016

Frau Hoyer bittet darum, dass diese Beantwortung auch dem Integrationsrat zur Verfügung gestellt werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

9.1.3 Fertigstellung und Bezug der Flüchtlingsunterkunft Bonner Str. 478-482 in Köln Marienburg AN/0723/2016 1359/2016

Frau Heuser ist der Ansicht, dass der Kauf des Bonhotel richtig gewesen sei.

Fr. Hoyer bleibt bei ihrer Kritik an dem Kauf und der Nutzung des Bonhotels.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

9.1.4 Einweggeschirr in Flüchtlingsunterkünften (AN/0725/2016) 1388/2016

Frau Heuser sagt, dass mit Blick auf den Aufwand und die Umweltbelastung durch das Einweggeschirr die Anschaffung von Spülmaschinen sicherlich lohnen würde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass diese Vorlage noch im Umweltausschuss behandelt werde und dieser Ausschuss darüber das letzte Wort haben sollte.

Herr Klausing erläutert, dass es Möglichkeiten einer Folgenutzung für Spülmaschinen geben könne.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**9.1.5 Holzständerbauten zur Unterbringung von Flüchtlingen
1668/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne Aussprache zur Kenntnis.

**9.1.6 Kommunalübergreifende Kooperation zur Flüchtlingsunterbringung
AN/1002/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Anfrage in die nächste Sitzung.
Antwort liegt nicht vor.

**9.1.7 Unterbringung und Schutz für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge
und Entwicklung der Zahl aller Geflüchteten im Asylverfahren
AN/1023/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Anfrage in die nächste Sitzung.

**9.1.8 Gesundheitskarte für Flüchtlinge
1792/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Beantwortung in die nächste Sitzung.

**9.1.9 Mündliche Anfragen zu besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen
1962/2016**

**9.2 8. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
1994/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt der Verwaltung für die Qualität des Berichtes.

Frau Hollmann bemerkt positiv, dass das Finanzcontrolling transparent aufgeführt sei. Sie bittet darum, die aufgeführten Angebote der Betreuung zu überprüfen und zu aktualisieren. Sie fragt, ob es in dem Betreuungs-Team der Verwaltung Personen gebe, die ganz speziell ausgebildete Fachkräfte zur Betreuung besonders schutzbedürftigen Personen seien.

Herr Ludwig sagt eine Antwort zu.

Frau Blümel teilt zur Clearingstelle mit, dass die Clearingstelle mit dem Ziel eröffnet wurde, dass alle Menschen (z.B. Personen aus Süd-Osteuropa, Menschen aus Drittstaaten und Menschen in der Illegalität) einen Zugang zum hiesigen Gesundheitssystem erhalten sollen. Die Flüchtlinge sollten über die Gesundheitskarte abgesichert sein.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf die Mitteilung zur Clearingstelle unter TOP 12.8 der heutigen Tagesordnung hin.

Herr Detjen fragt zu dem Finanzcontrolling, ob die Kosten der Stadtverwaltung gestiegen seien.

Herr Ludwig bestätigt, dass die Kosten für die Verwaltung deutlich gestiegen seien.

Frau Hoyer fragt, wie die privaten Investoren mit in die Bauplanungen der Flüchtlingsheime mit einbezogen werden.

Herr Ludwig antwortet, dass durchaus private Investoren mit einem eigenen Grundstück auf die Verwaltung zukommen und anbieten, darauf eine Flüchtlingsunterkunft zu errichten.

Frau Brauckmann teilt mit, dass besonders schutzbedürftige Gruppen aus dem LGBT Bereich auch besonders untergebracht werden sollen und dass generell für die LGBT Gruppen eine besondere Sensibilität aufgebracht werden solle.

Herr Ludwig sagt zu, dieses Thema LGBT in einer der nächsten Sitzungen schriftlich zu erläutern.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf die Vorlage unter TOP 9.1.9 hin.

Herr Krücker lobt die vorliegende Berichterstattung und bittet darum, Ergänzungen und neue Kapitel in diesem Bericht besonders zu kennzeichnen. Er kritisiert, dass die Aktivitäten der Kirchen nur mit drei Zeilen in dem Bericht bedacht würden. a. Dies würde dem Engagement der Kirchen nicht gerecht.

Herr Ludwig antwortet, dass auf dem Deckblatt ausdrücklich auf Aktualisierungen und neue Informationen hingewiesen werde.. Er teilt mit, dass die drei gesperrten, aber nicht belegten Turnhallen ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben werden. In den Sommerferien werden die Turnhallen wieder so hergerichtet, dass diese zum Schulanfang wieder für den Sport zur Verfügung stehen (Görlinger Zentrum, Neuhof-erstr und Volkhovener Weg).

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9.3 Kölner Modell zur Förderung und Integration von Flüchtlingskindern im Elementarbereich 1386/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

**9.4 Unterbringung von Flüchtlingen Köln-Deutz Boarding, Ferdinandstr. 25,
51063 Köln (Mülheim)
1451/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

**9.5 Unterbringung von Flüchtlingen Hotel Aachener Hof, Merkenicher Str.
184, 50733 Köln (Niehl)
1646/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

**9.6 Weitere Maßnahmen zum Umbau der Liegenschaft Bonner Straße 478
(ehemals Bonotel) in Köln-Marienburg
1924/2016**

Herr Ludwig erläutert, dass die Mitteilung eine inhaltliche Erweiterung der Beantwortung von der Beantwortung unter TOP 9.1.3 sei. Die Verwaltung habe beschlossen, die Sanierung der Wasserleitungen zu beginnen, ein Leistungsverzeichnis zu erstellen und weitere Reparaturen zu planen. Er sichert zu, dass der Ausschuss über alle Vorgänge zeitnah informiert werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

.

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

**10.1 Mobilitätshilfe gemäß § 53 SGB XII für Menschen mit Behinderungen und
einem aG im Schwerbehindertenausweis
1158/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold teilt mit, dass die Behindertenverbände fordern, dass eine Anpassung an die Mobilitätshilfen dringlich erfolgen müsse und schließt sich dieser Forderung an. Dem könne jedoch die Verwaltung nicht nachkommen, da sie keine zusätzlichen finanziellen Mittel für diese Maßnahme aufbringen könne. Er schlägt vor, diese Maßnahme zur Diskussion in die Haushaltsplanberatungen mit einzubringen.

Herr Ladenberger ergänzt, dass diese Hilfe bereits im Jahr 2003 geschaffen wurde. Seitdem gelten diese Pauschalen unverändert.

Herr Detjen hält eine finanzielle Umschichtung in der Verwaltung für möglich, um die geforderten 60.000,- Euro für diese Maßnahme zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
hier: Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 und Urteilsbegründung
des OLG Schleswig
1670/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Mitteilung in die nächste Sitzung.

**10.3 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
hier: Stellungnahme der Behindertenorganisationen und -
selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
zur Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 - 1670/2016
1715/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Mitteilung in die nächste Sitzung.

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

**11.1.1 Personalsituation im Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
AN/0343/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**11.1.1.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage zur Personalsituation
im Dezernat V (AN/0343/2016)
1013/2016**

Herr Dr. Schulz fragt, wie es bei den Sozialarbeiter/innen (bei der Wohnungsversorgung) zu so einem groben Missverhältnis zwischen Stellen-Soll (140,75) und Personal-Ist (42,63) komme. Auch bei den Gesamtzahlen komme es zu einem großen Defizit zwischen Stellen-Soll (501,00) und Personal-Ist (286,83).

Herr Ludwig antwortet, dass man bei dieser Betrachtung einer Fehleinschätzung unterliege. Diese Planung der Personalstellen entsprechen einer bestimmten Fallzahlprognose bis Ende des Jahres 2017. Der Fallzahlschlüssel liege bei 1:80, d.h. 1 Sozialarbeiter für 80 Flüchtlinge in den Unterkünften. Wenn die Flüchtlingszahlen, so wie prognostiziert ansteigen, könne er bis zu 140 weitere Sozialarbeiter/innen einstellen.

Herr Detjen stellt fest, dass im Bereich Wohngeld ebenfalls weiteres Personal eingestellt werden soll.

Herr Ludwig stimmt der Aussage von Herrn Detjen zu. Durch die Wohngeldnovelle werde in Zukunft auch in diesem Bereich wieder mehr Personal eingestellt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

11.1.2 Abschiebungen in Köln: Was hat sich durch die neue Gesetzgebung geändert?

AN/0653/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Vorlage in die nächste Sitzung.

**11.1.3 Nachfrage zur Schulbegleitung als Eingliederungshilfe
0932/2016**

Frau Schmerbach fragt, ob sich weitere Schulen an dem Pool-Modell Schulbegleitung beteiligen.

Herr Santelmann sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.4 Beantwortung einer Anfrage zur Einstellung des Integrationsbudgets in den Doppelhaushalt 2016/2017
1064/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**11.1.5 Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“
Beantwortung einer Anfrage von Herr Adolf auf der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 25.01.2016
1234/2016**

Herr Ladenberger stellt fest, dass keine individuelle Wohnförderung für Rollstuhlfahrer stattfindet. Es werden weitere Initiativen notwendig sein, um das barrierefreie Wohnen weiter auszubauen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.6 Antwort auf die Nachfrage von Herrn Dr. Schulz in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 14.04.2016 zum Agglomerationskonzept für die Region Köln/Bonn
1494/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**11.1.7 Beantwortung der mündlichen Frage im Sozialausschuss am 14.04.2016 von Herrn Ladenberger, wie viele rollstuhlgerechte Wohnungen gefördert wurden
1572/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**11.1.8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zum Top 3.11 Handlungskonzept pathologisches Glücksspiel (0586/2016)
1742/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere zur Kenntnis.

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

**11.2.1 Einschränkungen des Bürgerservices
AN/0833/2016**

**11.2.2 Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt
AN/0845/2016**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 4.2 behandelt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.2.2.1 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Thema Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt
1642/2016**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 4.2 behandelt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.2.3 „Weiterentwicklung Willkommen in Köln,, Förderprogramm „ESF-kofinanzierte Einzelprojekte“
1678/2016**

Frau Heuser fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Frau Rehberg teilt mit, dass die Bezirksregierung für zwei Anträge den Zuwendungsbescheid übermittelt habe.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

11.2.4 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Rates am 10.05.2016: "Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?" 1607/2016

Herr Ladenberger merkt an, dass es erheblichen Handlungsbedarf bei dem Ausbau der Barrierefreiheit gebe. Selbstverständlich könne man die Studie methodisch kritisieren, dies ändere aber nichts daran, dass weiter an dem Ausbau der Barrierefreiheit in Köln gearbeitet werden müsse.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

11.2.5 Sachstand Neubau erstes Frauenhaus AN/1022/2016

Zu der Anfrage liegt noch keine Beantwortung vor.

11.3 Mündliche Anfragen

Frau Kleinpaß-Börschel fragt, ob Köln-Pass Inhaber bei NetCologne Vergünstigungen erhalten können. Sie fragt weiter, warum die Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen/Parkausweisen für Behinderte so lange dauere?

Herr Santelmann antwortet, dass die Verwaltung bereits mit NetCologne zu diesem Thema im Gespräch sei. Sobald ein neuer Sachstand dazu vorliege, werde er dem Ausschuss berichten.

Das Bürgeramt Chorweiler (früher Versorgungsamt) sei für die Ausstellung der Schwerbehindertenausweise / Parkausweise für behinderte Menschen zuständig. Leider sei die Personalsituation derzeit in diesem Amt stark angespannt, so dass die Ausstellung dieser Ausweise tatsächlich eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Es werde versucht diese Situation zu verbessern und die Aufgaben schneller abzuarbeiten. Die dortigen Kollegen/innen geben ihr Bestes.

Frau Schmerbach fragt, ob die finanziellen Landesmittel zum Umbau an die Bürgerzentren erst ausgezahlt werden könnten, wenn der Haushalt durch die Bezirksregierung bewilligt sei. Sie bittet um einen aktuellen Sachstand.

Herr Santelmann antwortet, dass die Zuwendungsbescheide vorliegen würden. Die Verwaltung warte tatsächlich auf die Verabschiedung des Haushaltes. Die Verwaltung werde bis dahin bereits alles vorbereiten, dass nach Verabschiedung des Haushaltes sofort mit der Umsetzung der Maßnahmen für die Bürgerzentren begonnen werden kann.

12 Mitteilungen

12.1 Kölner Suchtbericht 2016 - Sachstand und Ausblick, TOP 12.2 auf der ASS Sitzung vom 14.04.16 0526/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt den vorliegenden Bericht.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.2 Handlungskonzept zur Verhinderung und Reduzierung der pathologischen Glücksspielsucht in der Stadt Köln, TOP 12.3 auf der ASS Sitzung vom 14.04.16
0586/2016**

Frau Heuser bittet um eine Prioritätenliste, mit finanzieller Ausstattung, aus den vorgeschlagenen Maßnahmen.

Frau Baum sagt eine Antwort der Verwaltung zu.

Herr Scheffer lobt die vorliegende Mitteilung. Unter dem Aspekt der Spielsucht kritisiert er, dass in Köln eine Spielbank errichtet wird.

Herr Detjen fragt, ob der Runde Tisch zur Verhinderung der pathologischen Glücksspielsucht sich gegen den Neubau einer Spielbank ausgesprochen habe.

Frau Dahlheim antwortet, dass sich der Runde Tisch nicht gegen eine neue Spielbank ausgesprochen habe. Es sei jedoch erwähnt worden, dass mit schwierigen Konsequenzen im Rahmen der Glücksspielsucht zu rechnen sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.3 Interkulturelle Zentren Köln - Orte der Begegnung / Informationsbroschüre, TOP 12.6 auf der ASS Sitzung vom 14.04.16
0895/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für die Broschüre.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.4 Einstieg Deutsch“ Sprachlern-App der Volkshochschulen für Geflüchtete
1104/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt die App „Einstieg Deutsch“. Er bittet um einen Erfahrungsbericht dazu, wie dieses Angebot genutzt werde.

Frau Heuser teilt mit, dass der WDR ein separates Radioprogramm für für Flüchtlinge gestartet habe („Refugee Radio“).

Frau Hoyer fragt, wie diese App „Einstieg Deutsch“ beworben werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.5 Kurzprotokoll des gemeinsamen Austauschtreffen der Diversity Gremien StadtAG Behindertenpolitik, Lesben, Schwule und Transgender, Integrationsrat und Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen am 15.04.2016 1539/2016

Frau Brauckmann kommentiert, dass dieses Treffen gut sei, es müsse jedoch noch mehr Verbindlichkeit erreicht werden.

Herr Klausing teilt mit, dass es zu weiteren Treffen kommen solle.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.6 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil 1148/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

12.7 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2015/2016 für wohnungslose Menschen durch das Amt für Soziales und Senioren 1643/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt die Menschen, welche sich ehrenamtlich für diese Sache engagieren.

Herr Santelmann weist auf einen Fehler in der Mitteilung hin. Der SKM unterstützt diese Maßnahme vorbildlich. Dies sei in der Mitteilung nicht aufgeführt. Er möchte sich für die Arbeit des SKM bedanken.

Frau Eggeling fragt, wie ein ganzjährig genutztes Haus für obdachlose Menschen noch so viele weitere Schlafplätze vorhalten könne, dass diese für die Winterhilfe genutzt werden können. Zusätzlich fragt sie, welche Menschen ganzjährig - aus humanitären Gründen - in diesem Haus untergebracht seien.

Herr Schumacher antwortet, dass es einen steigenden Bedarf für wohnungslose Menschen gebe. Die Verwaltung sei deshalb dabei, weitere ganzjährige Unterbringungsangebote zu schaffen. Die Planungen beinhalten dabei eine Verteilung der zusätzlichen OBG-Unterbringungen in der Winterhilfe auf mehrere dieser Objekte.

Herr Klausing bittet darum, dass die Winterhilfe dieses Jahr in den sozialen Medien frühzeitig angekündigt werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.8 Einrichtung einer Clearingstelle zur Sicherstellung des regelhaften Zugangs zum Gesundheitssystem für neu zugewanderte Menschen in Köln 1839/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt, dass es zur Einrichtung dieser Stelle gekommen sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.9 Neue Kölner Statistik 1/2016
Kölner Baurekord: Fast 4.000 neue Wohnungen in 2015
1899/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass so viele Wohnungen seit langem nicht mehr gebaut worden seien.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.10 Neues Dienstgebäude für die Leistungsgewährung nach dem Asylbe-
werberleistungsgesetz
1849/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.